



JAHRESBERICHT

2013

SACHGEBIET 34



Regierung von Unterfranken

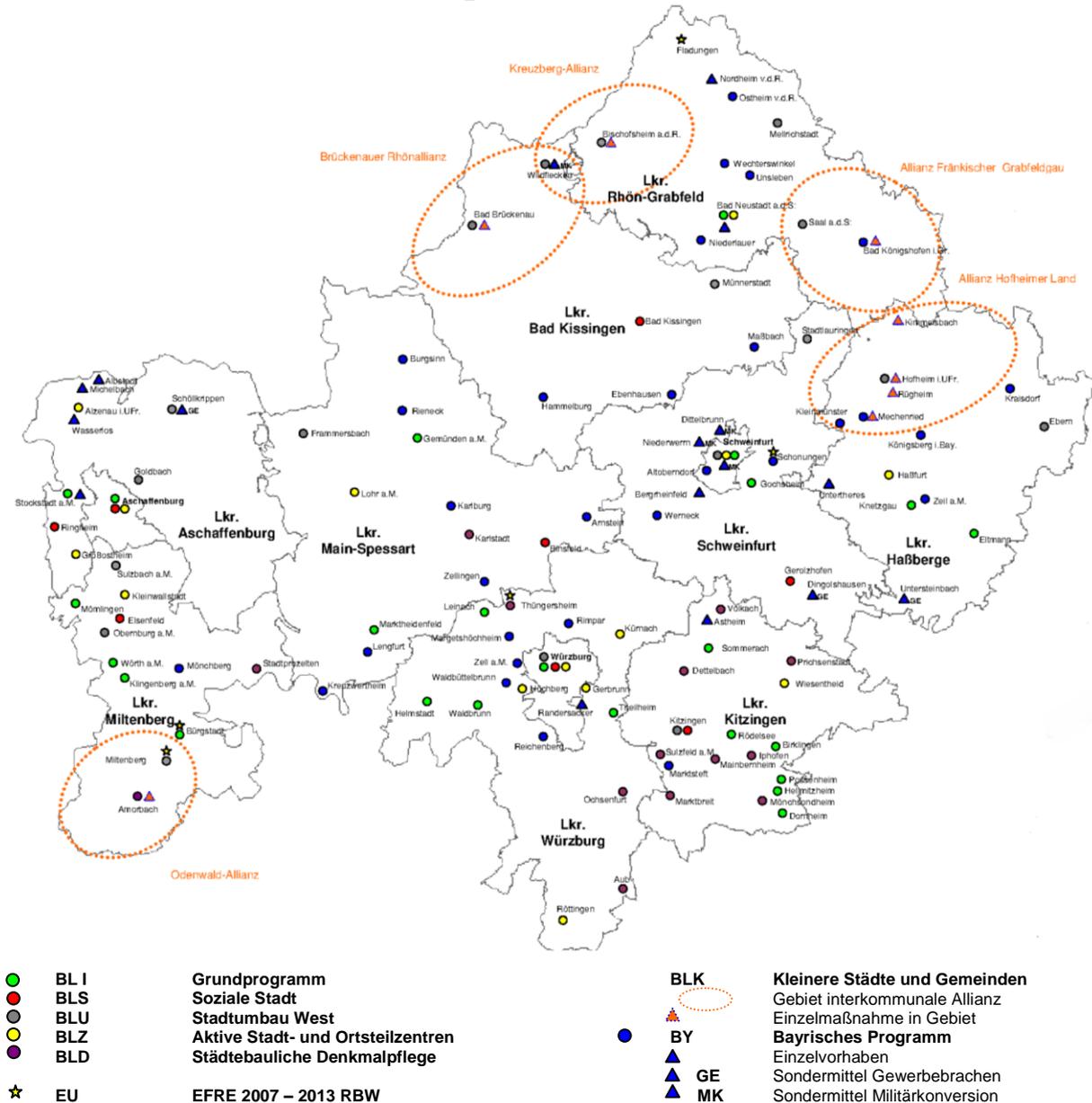
Städtebau

Inhaltsverzeichnis

• Übersicht der Städtebauförderungskommunen in Unterfranken 2013	5
• Übersicht der Aufgabenschwerpunkte im Jahr 2013	6
• Organigramm Sachgebiet 34 Städtebau	7
• Städtebauförderungsprogramme 2013	8
Förderübersicht Städtebauförderung Unterfranken Programmjahr 2013	9
Entwicklung Anzahl Kommunen / Finanzausstattung in den Programmen	10
Ablaufplanung Bedarfsmitteilung / Zuwendungsantrag	11
• Bayerisches Städtebauförderungsprogramm	12
Gemeinde Nordheim v. d. R. – Sanierung Altes Rathaus mit Kommunikationszentrum	13
Stadt Alzenau, OT Wasserlos – Neugestaltung Kirchenumfeld	14
Markt Reichenberg – Neugestaltung Rathausplatz	15
• Bayerisches Sonderprogramm Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen	
Markt Schöllkrippen – Nachnutzung einer ehemaligen Kunstblumenfabrik	16
• Bayerisches Sonderprogramm Militärkonversion	
Stadt Schweinfurt mit Umlandgemeinden – Interkommunales Konversionsgutachten	17
• Bund-Länder-Programm Soziale Stadt	
Stadt Aschaffenburg – Hefner Alteneck – Familienstützpunkt	18
Stadt Würzburg, Zellerau – Errichtung eines Skaterplatzes	19
• Bund-Länder-Programm Stadtumbau West	
Stadt Schweinfurt – Neugestaltung der Mainlände BA II + III	20
Stadt Münnerstadt – Sanierung Heimatspielhaus	22
Stadt Kitzingen – Deutsches Fastnachtsmuseum	23
• Bund-Länder-Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	
Stadt Bad Neustadt a. d. S. – Umgestaltung Parkplatz "Am Zehnt" mit neuem Busbahnhof	24
Stadt Röttingen – Neugestaltung Marktplatz mit Hauptstraße	26
Stadt Röttingen – Umbau Anwesen Erbsengasse 1 zu einer „Spielscheune“	28

<ul style="list-style-type: none"> • Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz Stadt Karlstadt – Privatmodernisierung Kirchgasse 4 	29
<ul style="list-style-type: none"> • Bund-Länder-Programm Kleinere Städte und Gemeinden Odenwaldallianz – Unterzeichnung nach KommZG 	30
<ul style="list-style-type: none"> • EU-Strukturfondsförderung „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ Stadt Fladungen – Sanierung und Neuordnung ehemaliges Amtshaus mit Schüttbau 	31
<ul style="list-style-type: none"> • Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“ 	32
<ul style="list-style-type: none"> • Bundeswettbewerb „Historische Stadtkerne – integriert denken und handeln“ 	33
<ul style="list-style-type: none"> • Veranstaltungen 12. Jahrestagung Städtebauförderung in Mellrichstadt am 02.07.2013 Informationsaustausch EFRE-Programm 2014 - 2020 am 02.12.2013 	34 36
<ul style="list-style-type: none"> • Zuschüsse des Landes für städtebauliche Planungen und Forschungen Gerbrunn, Randersacker, Rottendorf und Theilheim – Städtebauliches und landschaftliches Entwicklungskonzept in interkommunaler Zusammenarbeit 	37
<ul style="list-style-type: none"> • Hilfsmaßnahmen für die Hochwasserkatastrophe Mai - Juli 2013 Programm zur Wiederherstellung der Infrastruktur in den Gemeinden 	38

Übersicht der Städtebauförderungskommunen in Unterfranken 2013



Übersicht der Aufgabenschwerpunkte im Jahr 2013

Der Aufgabenbereich des Sachgebietes 34 „Städtebau“ umfasst ein weites Spektrum: Aufgaben des Städtebaus mit der Städtebauförderung, der Bauplanung und Bauordnung, sowie der Beratung der Landkreise und Gemeinden bei Fragen der Ortsentwicklung und Bauleitplanung, gerade im Sinne des Flächensparens und des demographischen Wandels, sowie im Zuge der Militärkonversion.

In diesem Spektrum ist das Sachgebiet auch in den verschiedenen Arbeitsgruppen innerhalb der Regierung von Unterfranken bzw. der Obersten Baubehörde vertreten, insbesondere auch in (inter-)kommunalen und interdisziplinär besetzten Arbeits- und Lenkungsgruppen. Die „Militärkonversion“ und der „demographische Wandel“ sind hier von großer Bedeutung.

Die Städtebauförderung, als wichtiges Förderinstrument zur Stärkung der Innenentwicklung, nimmt nach wie vor das größte Handlungsfeld ein. Auch in diesem Jahr konnten wieder zahlreiche Fördermaßnahmen in Unterfranken vorbereitet, bewilligt, gebaut bzw. abgerechnet werden.

Anlässlich der Hochwasserkatastrophe vom Mai – Juli 2013 erhielt das Sachgebiet 34 zusätzlich die Zuständigkeit zur Abwicklung des Förderprogramms zur Wiederherstellung der Infrastruktur in den vom Sommerhochwasser 2013 betroffenen Gemeinden in Unterfranken übertragen.

Organigramm Sachgebiet 34 Städtebau

Regierung von Unterfranken

Stand: 01.03.2014

Leitung des Sachgebiets 34 Städtebau

Manfred Grüner

Vertreter:
Bernhard Wägelein



Stadt Würzburg LKR: WÜ, KT, MSP

Städtebau
Städtebauförderung



Bernhard Wägelein

Verwaltung



Simone Lang

Technik



Roland Vormwald

Stadt AB LKR: AB, KG, MIL

Städtebau
Städtebauförderung



Daniela Kircher

Verwaltung



Eva Reisenbüchler

Technik



Elisabeth Henke

Stadt SW LKR: NES, HAS, SW

Städtebau
Städtebauförderung



Vera Reich

Verwaltung



Horst Eichelmann

Technik



Brigitte Werner

Bauordnung
Brandschutz, VOF
Baufachl. Beratung



Gerhard Gerber

Verwaltung



Hannelore Seus

Aufgaben der Sachgebiete im Internet: www.regierung.unterfranken.bayern.de
bei „Unsere Aufgaben“ → „Planung und Bau“ unter der Überschrift „Städtebau“

Städtebauförderungs-Programme 2013

Die Städtebauförderung, die von unserem Sachgebiet „Städtebau“ in der Regierung von Unterfranken abgewickelt wird, ist ein Instrument, das Kommunen bei den Bemühungen um ihre Stadt- und Ortssanierung unterstützt. Die Nachhaltigkeit einer städtebaulichen bzw. baulichen Maßnahme, ist dabei zu einem wichtigen Auswahlkriterium für Projekte der Städtebauförderung geworden. Flächenrecycling und Gebäudeumnutzungen sowie die Daseinsvorsorge, gerade in interkommunaler Zusammenarbeit, spielen dabei eine immer wichtigere Rolle.

Mit Hilfe der nunmehr sechs Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramme wurden gemeinsam mit den EFRE-Mitteln aus der EU-Strukturfondsförderperiode 2007 – 2013 und dem landeseigenen Bayerischen Städtebauförderungsprogramm im Jahr 2013 innerhalb des Regierungsbezirkes Unterfranken 132 Projekte in 79 Gemeinden (davon 107 neue Projekte) mit Fördermitteln der EU, des Bundes und des Landes in Höhe von 19,865 Mio. Euro gefördert.

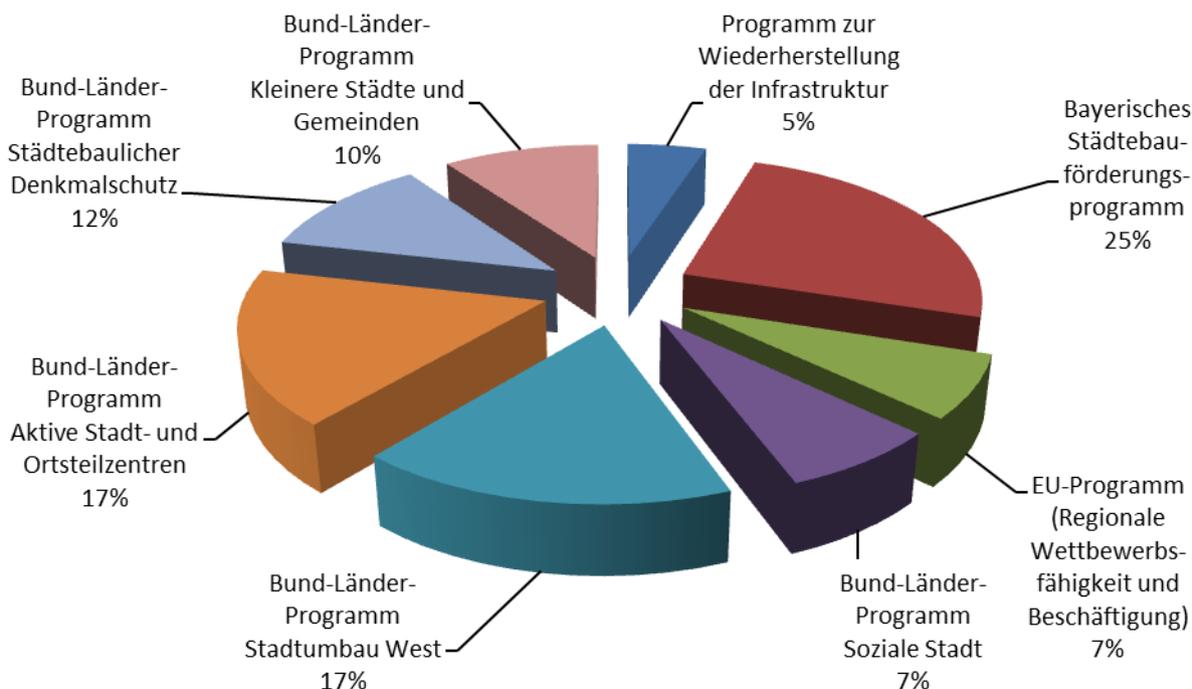
147 Verwendungsnachweise wurden geprüft. Die Abrechnungssumme bei den Gesamtabrechnungen konnte 2013 leicht gesteigert werden. Damit bewegt sich die Abrechnungsquote bei 71,8 % der in Unterfranken bis zum Haushaltsjahr 2008 ausgegebenen Städtebauförderungsmittel.

Jahr	EU / Bund – Mittel	Landesmittel	Kommunale Mittel	Förderfähige Kosten
2010	8.416.500 €	9.549.200 €	11.298.400 €	29.264.100 €
2011	6.833.000 €	8.143.000 €	8.894.000 €	23.870.000 €
2012	6.501.000 €	11.044.000 €	10.230.000 €	27.775.000 €
2013	7.923.000 €	11.942.000 €	11.035.000 €	30.900.000 €

Fachinformationen zur Städtebauförderung in Bayern:

www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung

Förderübersicht Städtebauförderung Unterfranken Programmjahr 2013



Bayerisches Städtebauförderungsprogramm	4.949.000 €
Program zur Wiederherstellung der Infrastruktur	1.000.000 €
Bund-Länder-Programm – Soziale Stadt	1.446.000 €
Bund-Länder-Programm – Stadtbau West	3.355.000 €
Bund-Länder-Programm – Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	3.456.000 €
Bund-Länder-Programm – Städtebaulicher Denkmalschutz	2.282.000 €
Bund-Länder-Programm – Kleinere Städte und Gemeinden	1.977.000 €
EU-Programm Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	<u>1.400.000 €</u>

Gesamtfördervolumen 2013

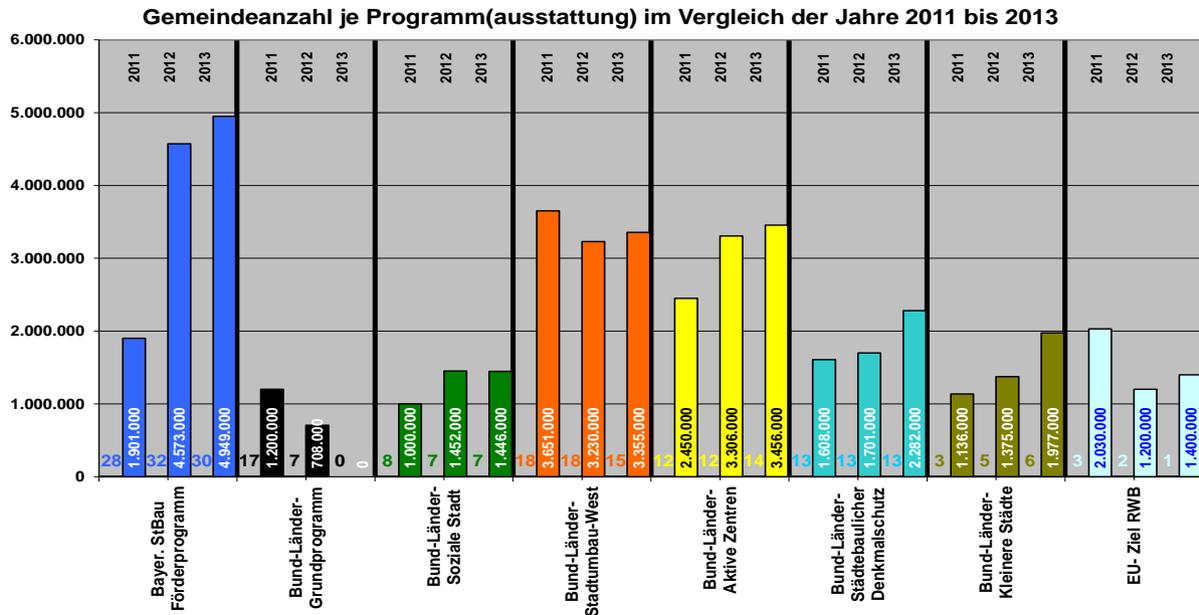
19.865.000 €

(ohne Anteil kommunaler Mittel)

Entwicklung Anzahl Kommunen / Finanzausstattung in den Programmen

Die Aufsplitterung der Förderprogramme zur zielgerichteten Unterstützung der Kommunen birgt auch Schwierigkeiten bei Einplanung und Aufstellung der Programme und wird seitens des Landes Bayern gegenüber dem Bund seit Jahren so auch kritisiert. Wie der unten dargestellten Grafik zu entnehmen ist, schwankt zudem die Finanzausstattung in den einzelnen Programmen von Jahr zu Jahr oft erheblich, was ebenfalls zu Problemen bei der Förderung führt.

Unabhängig davon sieht es das Sachgebiet „Städtebau“ der Regierung von Unterfranken als seine Aufgabe an, die Kommunen im Sinne einer „Förderagentur“ innerhalb dieser Förderprogrammauswahl zu beraten und ggf. auch zu Programmwechseln zu ermutigen, um eine möglichst konstante Fortführung des Sanierungsprozesses weiterhin sichern zu können.



Ablaufplanung Bedarfsmittelteilung / Zuwendungsantrag

Die Politik fordert von der Verwaltung und den Kommunen den zielgerichteten und zeitnahen, konjunkturwirksamen Einsatz der vom Bundes- bzw. Landtag zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel, sprich unserer Steuergelder. Um den effektiven Einsatz der Städtebauförderungsmittel in Unterfranken gewährleisten zu können, wurde, wie in der Grafik dargestellt, eine Ablaufplanung zwischen den Kommunen und der Förderstelle vereinbart, die feste Terminsetzungen vorsieht.

Wichtig hierbei ist, dass bei den jährlichen Bedarfsmittelteilungen nur realistische Projekte angemeldet werden, die auch im nächsten Jahr umgesetzt werden können. Dies ist notwendig, um nicht weitere Bewilligungs- bzw. Auszahlungsreste anzuhäufen, die für die Politik wiederum den Rückschluss zulassen könnten, dass die Fördermittel überhaupt nicht gebraucht werden.

Juli		Vorbesprechung Bedarfsmittelteilung mit Kommunen / Präsentation realistischer Projekte		K O M M U N E
August			Zügige Projektentwicklung der vorbesprochenen Maßnahme(n)	
September			realistische Bedarfsmittelteilung mit aussagekräftiger Begleitinformation	
Oktober		1. November = späteste Abgabe Bedarfsmittelteilung		
November		„baureife“ Maßnahmen, konkrete Pläne mit Kostenschätzung und Projektlaufstruktur		
Dezember		Aufstellung Jahresprogramm Projektauswahl nach „Ranking“	Zügige Vorlage des vollständigen Zuwendungsantrags auf Grundlage der Formblätter und Checklisten mit Gemeinde-/ Stadtratsbeschluss	
Januar		Meldung an die OBB Benachrichtigung der Kommune		
Februar		Prüfung vorliegender Zuwendungsanträge	Ausführungsplanung / Vorbereitung der Ausschreibung	
März		ggf. Zustimmung zum Maßnahmebeginn	Möglicher Baubeginn	
April	R	Mitteilung Programmfreigabe von Bund/ Land		
Mai	U	Bewilligung der Zuwendungsanträge		
Juni	F	Städtebauförderungstagung = Monitoring		
		1. Juli = späteste Vorlage Zuwendungsantrag		

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm

Allgemein

Neben den Komplementäranteilen für die verschiedenen Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramme wurden auch im Jahr 2013 wieder zusätzliche Zuwendungen für ein eigenes „Bayerisches Städtebauförderungsprogramm“ aus dem vom Bayerischen Landtag beschlossenen Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern bereitgestellt. Mit dem Programm sollen vor allem kleinere Kommunen im ländlichen Raum bei der Aktivierung und Stärkung ihrer Ortszentren unterstützt werden. Zudem werden hierin insbesondere auch landesspezifische Interessen weiterverfolgt bzw. Einzelvorhaben finanziell unterstützt.

Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen 2013

Das Bayerische Sonderprogramm „Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen“ soll dabei unterstützen, brach gefallene Gewerbeflächen städtebaulich wieder aufzubereiten bzw. Nachnutzungen zu erleichtern. Wegen der besonderen strukturellen Herausforderung wird hier ein erhöhter Fördersatz von bis zu 80 Prozent gewährt. Im Jahr 2013 konnten die Maßnahmen „Gewerbebrache der ehemaligen Hümmer-Bräu“ in Dingolshausen, sowie der „Umbau einer ehemaligen Brauerei“ in Rauhenebrach, Ortsteil Untersteinbach neu aufgenommen und insgesamt mit Finanzhilfen i.H.v. 545.000 Euro unterstützt werden.

Militärkonversion 2013

Mit Finanzmitteln aus dem Bayerischen Städtebauförderprogramm unterstützt der Freistaat Bayern auch die von der aktuellen Bundeswehrreform sowie der geplanten Schließung der US-Standorte betroffenen Städte und Gemeinden. Finanziert werden Vorbereitungsmaßnahmen, wie Standortentwicklungskonzepte, städtebauliche Untersuchungen und städtebauliche Managementaufgaben. Wegen der besonderen strukturellen Herausforderung wird auch hier ein erhöhter Fördersatz von 80 Prozent gewährt. Im Jahr 2013 standen für Unterfranken Finanzhilfen i. H. v. 840.000 Euro zur Verfügung.

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm

Einzelvorhaben

Gemeinde Nordheim v. d. R. – Sanierung Rathaus mit Kommunikationszentrum

Das Rathaus in Nordheim v. d. Rhön wurde im 17.Jdh. errichtet und bildet als ortsbildprägendes Einzeldenkmal den südöstlichen Abschluss des Marktplatzes. Das Objekt wurde saniert und als Treffpunkt für Jung und Alt zu einem Kommunikationszentrum umgebaut.

In Ergänzung dazu konnte die Gemeinde ein angrenzendes, brach gefallenes Grundstück erwerben und darauf in einem Erweiterungsbau eine sinnvolle Nutzungsergänzung für kulturelle Zwecke realisieren. Ziel war es, vor dem Hintergrund eines sozialen, demographischen und wirtschaftlichen Wandels, mit der Maßnahme einen nachhaltigen Beitrag zur Bewahrung der Attraktivität und Vitalität des Altortes zu leisten. Mit der nun entstandenen sog. "Kulturscheune" wurden Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Aufführungen geschaffen, die zur Belebung des kulturellen Lebens auch über die Grenzen von Nordheim v. d. Rhön wirken können. So sind neben Theater-, Volkstanz- oder Musikaufführungen auch Seniorennachmittage und diverse andere Veranstaltungen mit überörtlicher Bedeutung geplant.

Insgesamt konnte für die Maßnahme bei Gesamtkosten von rund 1,7 Mio. Euro und zuzahlungsfähigen Kosten von rund 1,1 Mio. Euro ein Zuschuss von 753.000 Euro bewilligt werden.



Vorher-Nachher



© planidee franken GmbH

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm

Einzelvorhaben

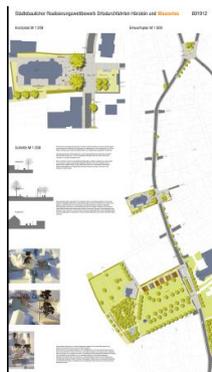
Stadt Alzenau, OT Wasserlos – Neugestaltung Kirchenumfeld

Die Aufwertung des Kirchenumfelds im Stadtteil Wasserlos basiert auf den Ergebnissen eines umfassenden städtebaulichen Wettbewerbs aus dem Jahr 2007 zur Neugestaltung der Ortsdurchfahrten Wasserlos und Hörstein.

Die Haupteinfahrtsstraße in Wasserlos wird nun nicht mehr nur als reine Durchfahrtsstraße wahrgenommen, sondern lädt mit einem gut gestaltetem öffentlichen Raum um die zentral gelegene Kirche zum Treffen und Verweilen ein und trägt auch dadurch ganz wesentlich zur Identitätsstiftung und zur Stärkung der Ortmitte bei. Nicht nur in den Sommermonaten kann das dort installierte Wasserbecken zusätzlich zur Belebung beitragen.

Durch die qualitativ hochwertige barrierearme Ausführung wurde in vorbildlicher Weise Funktion, Struktur und Gestalt eines zentralen Platzes auf Grundlage einer Gesamtkonzeption erneuert und weiter entwickelt.

Für die Maßnahme konnten bei 544.800 Euro Gesamtkosten, 454.311 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und ein Zuschuss in der Höhe von 271.916 Euro bewilligt werden. Die feierliche Einweihung fand im Sommer 2013 mit Vertretern der Regierung von Unterfranken statt.



Wettbewerb 1. Preis



Fertigstellung und Einweihung Sommer 2013



© Stadt Alzenau

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm Markt Reichenberg – Neugestaltung Rathausplatz

Durch die Neugestaltung des Rathausplatzes soll die Entwicklung der Ortsmitte von Reichenberg aufgewertet und nachhaltig gestärkt werden. Eingeleitet wurde dies bereits durch die gestalterische Aufwertung der Steige einschließlich Galeriegebäude, der Sanierung des Rathauses mit ehemaligem Lehrerhaus sowie dem Seniorenwohnhof. Ziel ist es, die Aufenthaltsqualität für die Besucher und Bewohner der Ortsmitte zu steigern, die Erschließung für Fußgänger zu verbessern sowie deren Belange stärker zu berücksichtigen und damit die Attraktivität des Rathausplatzes als zentralen Platzbereich zwischen Rathaus und Pfarrkirche erheblich zu erhöhen.

Die veranschlagten Gesamtkosten des Projektes betragen 1.255.800 Euro. Davon konnten 1.084.200 Euro als zuwendungsfähig anerkannt werden. Somit wurden dem Markt für die Maßnahme Zuwendungen in Höhe von insgesamt 650.500 Euro in Aussicht gestellt.

Der neugestaltete Rathausplatz wurde am 11.10.2013 im Beisein von Herrn Regierungspräsidenten Dr. Beinhofer feierlich eingeweiht.



© Stefan Ernst

Bayerisches Sonderprogramm Revitalisierung von Industrie und Gewerbebrachen Markt Schöllkrippen – Nachnutzung einer ehemaligen Kunstblumenfabrik

Durch Bürgerbeteiligungsprozesse und unter Zuhilfenahme des Planungsinstrumentes „Wettbewerb mit anschließender Planerwerkstatt“ konnte nach intensiven Projektentwicklungsprozessen eine konsensfähige Lösung zur nachhaltigen Nutzung einer brach gefallenen, ehemaligen Kunstblumenfabrik gefunden werden.

Nach Erwerb der Flächen durch die Marktgemeinde wurde zunächst die nicht mehr benötigte Bausubstanz in der historischen Ortsmitte von Schöllkrippen abgebrochen. In Kürze soll der sog. „Schlosspark“ rund um das Rathaus aufgewertet und somit ein städtebaulicher Missstand beseitigt werden. Gut gestaltete Grünbereiche und fußläufige Durchlässigkeit prägen den Entwurf. Durch geschickte Planung gelingt es zudem, ein adäquates Ambiente für diverse Veranstaltungen wie z. B. Sommerserenaden oder Märkte zu schaffen.

Bei Gesamtkosten i. d. H. v. knapp 600.000 Euro wurden 526.000 Euro als zuwendungsfähig anerkannt. Der reine Zuschuss beträgt 368.200 Euro, dies entspricht einer Förderung von 70%.



Vorher



Entwurf © arc grün Planerwerkstatt



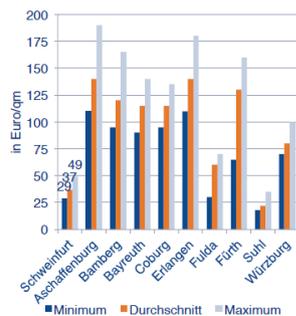
Nach Abbruch Fotos © MGDE Schöllkrippen

Bayerisches Sonderprogramm Militärkonversion Stadt Schweinfurt mit Umlandgemeinden Niederwerrn und Geldersheim – Interkommunales Konversionsgutachten

Kurz nach Bekanntgabe der signifikanten Standortreduzierungen durch die Bundeswehrreform 2011 in Wildflecken, Volkach und Hammelburg wurde auch die Standortaufgabe der US-Armee in Schweinfurt mit Komplettabzug bis 2015 bekannt.

Zur Bewältigung des anstehenden Konversionsprozesses schlossen sich die Stadt Schweinfurt mit den ebenfalls betroffenen Kommunen Geldersheim und Niederwerrn im Landkreis Schweinfurt zusammen, um die bevorstehenden Aufgaben gemeinsam abzustimmen. Als erster Schritt hierzu wurde ein interkommunales Konversionsgutachten in Auftrag gegeben, in dem insbesondere die Auswirkungen des Abzugs auf den Wohnungsmarkt, sowie verschiedene Nutzungsvarianten für die jeweiligen Liegenschaften unter Einbeziehung der Bürger untersucht werden sollten.

Im Mai 2012 wurde durch den Konversionsbeirat der Auftrag für die Ausarbeitung eines Konversionsgutachtens vergeben. Die Bürgerbeteiligung erfolgte in Form einer „Zivilarena online“, aber auch konventionell über Bürgerversammlungen (Zivilarena offline). Am 20.03.2013 wurde das Gutachten im Rahmen einer Sitzung des Konversionsbeirats erläutert und offiziell übergeben.



© Grafiken aus Konversionsgutachten Fa. Bulwien Gesa

Bund-Länder-Programm – Soziale Stadt Stadt Aschaffenburg – Hefner Alteneck – Familienstützpunkt Modellvorhaben Phase 3

Die Stadt Aschaffenburg wurde nach zwei bereits realisierten Modellvorhaben im Bahnhofsviertel und im Stadtteil Damm mit dem „Familienstützpunkt“ für ein drittes Modellvorhaben ausgewählt. Idee war durch einen Erweiterungsbau am bestehenden Kindergarten eine beispielhafte Einrichtung zu schaffen, die die Themenfelder Bildung, Betreuung, Erziehung und das Zusammenleben im Quartier kompetent unterstützt. Seit April 2013 befindet sich auch das Quartierszentrum des Stadtteils mit Sitz des Quartiersmanagers in dieser Einrichtung.

Die Besonderheit der Modellvorhaben in der Sozialen Stadt: es ist der Kommune erlaubt Partner zu suchen, die einen eigenen Anteil in Form von Eigenleistung und Finanzmitteln in das Modellprojekt einbringen. Dadurch kann der in der Städtebauförderung übliche kommunale Eigenanteil von 40% auf bis zu 10% reduziert werden. Beim Familienstützpunkt im Hefner Alteneck ist der Stadt Aschaffenburg diese Möglichkeit zur Kooperation durch eine enge Zusammenarbeit mit der Stadtbau Aschaffenburg GmbH und der Katholischen Kirchenstiftung St. Gertrud hervorragend gelungen.

Insgesamt konnten von Seiten der Städtebauförderung für den Familienstützpunkt mit Quartierszentrum bei zuwendungsfähigen Kosten von insgesamt 746.500 Euro Finanzhilfen in einer Höhe von 447.800 Euro zur Verfügung gestellt werden.

s. a.: <http://www.sozialestadt-aschaffenburg.de/sozialestadt-aschaffenburg/>



Eingangsbereich



Einweihungsfeier am 30. April 2013



© Stadt Aschaffenburg, QM

Bund-Länder-Programm – Soziale Stadt Stadt Würzburg, Zellerau – Errichtung eines Skaterparks

Die Aufwertung bestehender Grün- und Freiflächen, insbesondere die Erhöhung des Nutzwertes für die Bewohnerinnen bzw. Bewohner der Zellerau, ist eines der wichtigsten Ziele im IHK (Integrierten Handlungskonzept), das im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ gemeinsam mit den Bürgern entwickelt wurde. Die Skateranlage vervollständigt das Angebot an Freizeitmöglichkeiten in den Mainwiesen, nachdem bereits der Ausbau als Spieleufer und die Neuanlage von Grillplätzen erfolgte.

Der „Skatepark Mainwiesen“ wurde größtenteils auf dem bestehenden Betonbelag des alten Waschplatzes erstellt und nur in Teilen in das Gelände eingegraben. Die Anlage entstand unter Mitsprache der späteren Nutzer und musste durch die Lage im Überschwemmungsgebiet des Mains, auch diesen Anforderungen entsprechen.

Die Anlage wird seit der offiziellen Freigabe im April 2013 intensiv genutzt. Mit dem Skatepark Mainwiesen wurde für die Jugendlichen ein attraktiver Anziehungspunkt geschaffen, welcher nicht zuletzt auch der Imageverbesserung des Stadtteils dient. Bei förderfähigen Kosten von ca. 359.000 Euro konnte für die Maßnahme eine Zuwendung von 215.200 Euro bewilligt werden.



© Stadt Würzburg

Bund-Länder-Programm – Stadtumbau West Stadt Schweinfurt – Neugestaltung Mainlände BA II + III

Vom Mai bis Oktober 2013 fand in Schweinfurt die Bayerische Landesausstellung „Main und Meer“ statt. Hierzu fanden auch Aktivitäten am und auf dem Main statt. Damit rückte auch die neugestaltete Mainlände in den Fokus zahlreicher Besucher.

Die Neugestaltung der Mainlände zwischen dem Harmoniegebäude und dem ehemaligen Hauptzollamt wurde nach dem Wettbewerbsentwurf eines Aachener Architekturbüros und eines Berliner Landschaftsplanungsbüros in vier Bauabschnitten umgesetzt. Den 1. BA bildete die großzügige Treppenanlage mit elliptisch geformter Pflanzinsel und altem Baumbestand, welche seit 2011 den Zugang von der Stadt kommend zum Main problemlos ermöglicht.

Der in diesem Jahr fertig gestellte 2. und 3. BA thematisiert die Höhendifferenz zwischen dem höherliegenden Stadtbalkon vor dem Jugendgästehaus und der Uferterrasse. Diese dient weiterhin auch als Anlegestelle für die Personen- und Güterschiffahrt. Dort wurde auch ein alter Greiferdrehkran als Industriedenkmal erhalten. In einem 4. BA ist die Umgestaltung und Nutzung der Mainbastion, ggf. für eine gastronomische Einheit, geplant.

Bisher konnten hierfür über 1,7 Mio. Euro an Zuschüssen aus dem Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau-West“ bewilligt werden.



© Stadt Schweinfurt



© Stadt Schweinfurt

Bund-Länder-Programm – Stadtumbau West Stadt Münnerstadt – Sanierung Heimatspielhaus

Seit vielen Jahren findet hier jährlich auf der Zugangstreppe und vor dem Eingang am markanten Torbogen das „Heimatspiel“ als besonderes Ereignis regionaler Kultur statt. Nach langer Zeit des Leerstandes kann das sog. „Heimatspielhaus“ zukünftig wieder umfassend genutzt werden aber trotzdem auch als Theaterkulisse für das jährliche Ereignis dienen.

Zusammen mit Bürgern der Stadt, die für die Rettung und sinnvolle Nutzung dieses markanten Bauwerks einen eigenen Verein gegründet hatten, ist es durch unermüdliche Eigenleistung gelungen das herausragende Kleinod spätmittelalterlicher Architekturkunst als Schmuckstück für alle Bürger der Stadt wieder erlebbar zu machen. So kann die Vergangenheit für die Nachwelt erhalten und lebendig bleiben, bestehende Infrastrukturen wieder genutzt und Erinnerungen an die Stadtgeschichte erlebbar bleiben.

Die Einweihung des nun als Bürgerhaus genutzten Heimatspielhauses fand am 18. Juli 2013 statt.

Für die Sanierung konnten bei 1,5 Mio. Euro Gesamtkosten, 500.000 Euro als zuwendungsfähig anerkannt und rund 300.000 Euro als reiner Zuschuss aus Mitteln der Städtebauförderung bewilligt werden. Zusätzlich wurden Mittel aus dem Bereich der Denkmalpflege bereitgestellt.



Vorher



Heimatspiel



© Verein für den Erhalt des Heimatspielhauses

Bund-Länder-Programm – Stadtumbau West Stadt Kitzingen – Deutsches Fastnachtmuseum

Wegen brandschutzrechtlicher Zwänge konnte die Nutzung des Falterturms als Fastnachtmuseum nicht mehr fortgeführt werden. Nachdem zusätzlich das Anwesen Luitpoldstraße 4, welches an das bereits bestehende Teilmuseum in der Rosenstraße 10 rückwärtig angrenzt, erworben wurde, sollte dort das Deutsche Fastnachtmuseum an einem Standort zusammengefasst werden.

Die bestehende Bausubstanz in der Luitpoldstraße 4 wurde saniert und mit Hilfe eines Neubaus im Blockinnenbereich mit dem denkmalgeschützten Gebäude Rosenstraße 10 verbunden sowie dieses durch einen seitlichen Anbau erweitert. Im sanierten Bereich an der Luitpoldstraße befindet sich nun der Haupteingang mit Kasse, Museumsshop etc. Der Verbindungsbau beherbergt Ausstellungsräume, der dreigeschossige Anbau an das ehem. Teilmuseum Rosenstraße 10 neben Ausstellungsräumen einen Vortragssaal sowie ein Treppenhaus mit Aufzug.

Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen 4.365.000 Euro. Bei festgestellten förderfähigen Kosten von 1.187.500 Euro und einem Fördersatz von 60% kann die Stadt mit Zuwendungen von voraussichtlich insgesamt 712.500 Euro rechnen. Das Fastnachtmuseum wurde am 11.11.2013 feierlich eingeweiht.



© D.Kewersun + Architekturbüro Schmidt

Bund-Länder-Programm – Aktive Stadt- und Ortsteilzentren Stadt Bad Neustadt a. d. S. – Umgestaltung Parkplatz “Am Zehnt“ mit neuem Busbahnhof

Der Bereich des Parkplatzes "Am Zehnt" sowie des Altstadtzuganges "Falaiser Brücke" grenzt räumlich unmittelbar an die Altstadt an. Ziel ist es gemäß ISEK diesen stadträumlichen Bereich zwischen Salzpforte, Falaiser-Brücke mit Busbahnhof und Triamare-Umfeld als Stadtzugang funktional und gestalterisch aufzuwerten.

Durch eine attraktive Anbindung wird der zentrale Versorgungsbereich der Altstadt nachhaltig gestärkt und bisher unzureichende Aufenthaltsqualitäten langfristig verbessert. Durch die Umbaumaßnahme wurde der Parkdruck in der Altstadt verringert, sowie ein neuer, aufgewerteter Stadteingang geschaffen.

Als Bayerische Modellstadt für Elektromobilität hat die Stadt Bad Neustadt auch hier ihre Vorbildfunktion wahr genommen und ließ in die Haltestellenüberdachung des Busbahnhofes eine Photovoltaikanlage mit speziellen Photovoltaikpaneelen integrieren, sowie eine Ladestation für E-Bikes errichten. Dem übergeordneten Ziel der Städtebauförderung die Altorte nachhaltig zu stärken und aufzuwerten, wurde hier in qualitätvoller Weise Rechnung getragen.

Bei Gesamtkosten von knapp 3,5 Mio. Euro konnten ca. 1,5 Mio. Euro als förderfähig anerkannt und damit der Stadt Bad Neustadt Zuwendungen in Höhe von knapp 900.000 Euro bewilligt werden.

Der neue Busbahnhof am Falaiser Platz wurde am 24.07.2013 feierlich eingeweiht.



© Gerhard Hagen



© Gerhard Hagen

Bund-Länder-Programm – Aktive Stadt- und Ortsteilzentren Ort schafft Mitte Stadt Röttingen – Neugestaltung Marktplatz mit Hauptstraße

Die Stadt Röttingen ist als baukulturell reizvolle Weinstadt und für die seit 1984 jährlich stattfindenden Frankenfestspiele überregional bekannt. Dennoch ist in den vergangenen Jahren in der Röttinger Altstadt ein markanter Anstieg der Anzahl leer stehender Wohn- und Geschäftsgebäude zu verzeichnen – insbesondere von Baudenkmalern und ehemals landwirtschaftlich genutzten Anwesen. Dieser Umstand führte auch zur Aufnahme der Stadt Röttingen in das Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“.

Ein besonderer Schwerpunkt wurde dabei auf die gestalterische und funktionale Aufwertung des öffentlichen Raums gelegt. Nach der gelungenen Umgestaltung der Naherholungszone „Am Mühlbach“ konnte im Rahmen des Modellvorhabens die Neugestaltung des Marktplatzes mit Hauptstraße in Angriff genommen werden.

Nach nur neunmonatiger Bauzeit wurde am 20.7.2013 die Einweihung des 1. Bauabschnitts unter der Schirmherrschaft von Herrn Regierungspräsidenten Dr. Paul Beinhofer gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gefeiert. Bei Gesamtkosten von ca. 1,7 Mio. Euro konnten ca. 1,24 Mio. Euro als förderfähig anerkannt und damit der Stadt Röttingen Zuwendungen in Höhe von insgesamt 746.000 Euro in bewilligt werden.



© Stadt Röttingen



© Regierung von Unterfranken

Bund-Länder-Programm – Aktive Stadt- und Ortsteilzentren Stadt Röttingen – Umbau Anwesen Erbsengasse 1 zu einer „Spielscheune“

Was macht eine Gemeinde mit leerstehenden, sanierungsbedürftigen Gebäuden, insbesondere auch Nebengebäuden bzw. Scheunen, für die trotz intensiver Bemühungen kein Käufer zu finden ist? Niederschwellige Nutzungsmöglichkeiten als Kultur- oder Parkscheunen bieten sicherlich eine gute Möglichkeit, die auch über die Städtebauförderung bereits des Öfteren gefördert wurden.

Die Stadt Röttingen hatte im Rahmen des Modellprojektes „Ort schafft Mitte“ eine neue, innovative Idee: Nach Erwerb eines direkt an die Stadtmauer angrenzenden, leerstehenden Anwesens von einer Erbsengemeinschaft, verwandelte die Stadt dort eine Scheune in eine „Spielscheune“ - Eine Projektidee, die bereits vor der feierlichen Übergabe an die Kinder am 16.11.2013 bayernweites Interesse fand.

Der „Indoor- Spielplatz mit Klettertürmen, Kriechtunnel und Rutschen im Stile einer Ritterburg wird komplettiert durch einen Gruselkeller im Gewölbekeller. Bei zuwendungsfähigen Kosten von ca. 815.000 Euro konnte hierfür ein Zuschuss in Höhe von ca. 489.000 Euro bewilligt werden.



© Dag Schröder

Bund-Länder-Programm – Städtebaulicher Denkmalschutz Stadt Karlstadt – Privatmodernisierung Kirchgasse 4

Das Anwesen „Untere Kirchgasse 4“, ein denkmalgeschütztes Eckhaus mit Halbwalmdach, wurde bis vor ca. 25 Jahren im Erdgeschoss als Bäckerei genutzt, sowie im Obergeschoss bewohnt. In der Befunduntersuchung wurde das bruchsteinernerde Erdgeschoss in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts datiert. Das in Fachwerk ausgeführte Obergeschoss sowie der Dachstuhl wurden um 1735 wohl vollständig erneuert – ein Hinweis auf eine Fachwerksichtigkeit konnte nicht gefunden werden. Besonderheit: ein vollständig der Länge nach durchgehender Holzunterzug (Baumstamm) in der Mittelachse des Gebäudes auf einer Länge von 18 m im Erdgeschoss.

Unter Erhalt der denkmalgeschützten Bausubstanz gelang der Bauherrngemeinschaft Lummel die Sanierung des Gebäudes zu einem zeitgemäßen Mehrfamilienwohnhaus. Diese privat initiierte Maßnahme verdeutlicht einmal mehr, dass mit der Erhaltung und Sanierung alter Gebäude ein qualitativvolles Wohnen und Leben in der Altstadt möglich ist und einen wichtigen Beitrag zur Altstadtsanierung in Karlstadt leistet.

Bei veranschlagten Gesamtkosten von 382.315 Euro konnten von der Städtebauförderung 130.600 Euro als förderfähig anerkannt und der Bauherrngemeinschaft inklusive des kommunalen Eigenanteils der Stadt Karlstadt als Zuschuss in gleicher Höhe zur Verfügung gestellt werden.



© Architekturbüro Wiener, Karlstadt

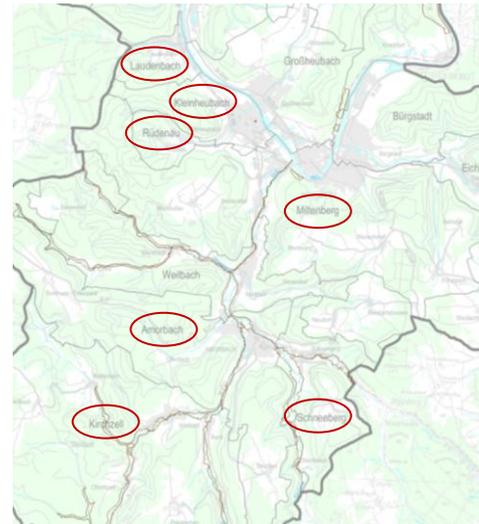
Bund-Länder-Programm – Kleinere Städte und Gemeinden Interkommunale Zusammenarbeit – Unterzeichnung nach KommZG

Der Umgang mit der demographischen Entwicklung wird in Unterfranken in den folgenden Jahren als große Herausforderung gesehen. Auch die Staatsregierung stellt sich dieser Aufgabe mit dem Ziel und dem Versprechen, für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Bayerns zu sorgen. Interkommunale Zusammenarbeit nimmt als Lösungsansatz hier einen besonderen Raum ein.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Städte Amorbach und Miltenberg gemeinsam mit den Gemeinden Laudenburg, Kirchzell, Rüdenua, Schneeberg und Weilbach zur Odenwaldallianz zusammengeschlossen und die Form der Zusammenarbeit am 26.09.2013 entsprechend dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) formal manifestiert. Die interkommunale Allianz wird durch das Amt für Ländliche Entwicklung (ALE) und die Regierung von Unterfranken fachlich begleitet und finanziell unterstützt. Derzeit wird ein „Integriertes ländliches Entwicklungskonzept“ (ILEK) erarbeitet, das durch ein Daseinsvorsorgekonzept im Sinne der Städtebauförderung ergänzt wird.



Unterzeichnung KommZG im Abteischloss © Sabine Balleis Main Echo



Kartenausschnitt RIS

EFRE-Programm – Förderperiode 2007 - 2013 Stadt Fladungen – Sanierung und Neuordnung ehemaliges Amtshaus mit Schüttbau

Das in den Jahren 1601-1626 erbaute ehemalige Zehnthaus des fürstbischöflichen Amtes Fladungen befindet sich im Stadtkern von Fladungen. Als eine der letzten vollständig erhaltenen ehemaligen hochstiftlichen Amtskellereien, ablesbar am stadtbeherrschenden dreigeschossigen Amtsgebäude mit geschweiften Voltengiebeln und prächtigem Portal, diente es bis zum Jahre 1826 als Rentamt und Landgerichtsgebäude und ging später in das Eigentum der Stadt Fladungen über. Heute beherbergt der Gebäudekomplex das Rathaus der Stadt sowie das Rhönmuseum.

Ziel ist es, das sanierungsbedürftige Baudenkmal zu erhalten und mit neuer Nutzungskonzeption nachhaltig aufzuwerten. Der ehemalige Schüttbau mit derzeitiger Rhönmuseumsnutzung soll zukünftig die Verwaltungen der Stadt sowie der Verwaltungsgemeinschaft Fladungen unterbringen. Im ehemaligen Amtshaus wird im Gegenzug zukünftig das Rhönmuseum einquartiert. Unter dem Dach des Zweckverbandes "Fränkisches Freilandmuseum" werden Rhönmuseum sowie Fränkisches Freilandmuseum Synergien nutzen und unter professioneller Leitung nachhaltig zur Bewahrung des historischen und kulturellen Erbes in der Region beitragen.

Die Regierung von Unterfranken hat der Stadt Fladungen, bei Gesamtkosten von ca. 5,9 Mio. Euro und förderfähigen Kosten von ca. 2,5 Mio. Euro, eine Zuwendung in Höhe von ca. 1,8 Mio. Euro für die „Sanierung und Neuordnung des ehemaligen Amtshauses mit Schüttbau“ bewilligt. Die Fertigstellung ist für das Frühjahr 2014 geplant.



© Dag Schröder

Stärkung des ländlichen Raums Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“

Im Juni 2010 lobte die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern das Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“ aus, das sich an bayerische Städte und Gemeinden im ländlichen Raum richtete, die den wirtschaftsstrukturellen und demographischen Veränderungen aktiv begegnen wollen. Das Modellvorhaben hatte das Ziel, beispielhafte Lösungsansätze für Kommunen zu entwickeln, ihre Ortskerne zu stabilisieren, innerörtliche Leerstände zu beseitigen und regionale Potentiale zu stärken.

Aus 85 Bewerbungen wurden zehn Kommunen ausgewählt, hierunter auch zwei Kommunen aus Unterfranken: der Markt Stadtlauringen, sowie die Stadt Röttingen. Die Umsetzung der Modellprojekte begann im Frühjahr 2011 mit einer Auftaktveranstaltung in Stadtlauringen. Eine Transferwerkstatt mit allen beteiligten bayerischen Modellkommunen fand am 24.6.2013 in Röttingen statt. Am Ende der dreijährigen Umsetzungsphase wurde den Bürgermeistern der Modellkommunen von Herrn Staatsminister Joachim Herrmann im Rahmen einer Abschlussveranstaltung am 28.11.2013 in Freyung der Abschlussbericht offiziell überreicht und zwischenzeitlich auch an alle Städtebauförderungskommunen verteilt.

Der Abschlußbericht ist abrufbar unter: www.ortschafftmitte.de



Abschlussveranstaltung in Freyung: Staatsminister Herrmann mit Bürgermeistern, Gruppenbild

© OBB

12. Jahrestagung Städtebauförderung in Mellrichstadt am 02.07.2013

Bereits zum zwölften Mal veranstaltete die Regierung von Unterfranken, Sachgebiet Städtebau, ihre „Jahrestagung Städtebauförderung“. Sie stand diesmal unter dem Motto **„Innenentwicklung (be)fördern – Konzepte für Bürger – Projekte von Bürgern“**.



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer konnte hierzu in diesem Jahr über 190 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Oskar Herbig Halle in Mellrichstadt begrüßen, darunter eine Vielzahl von unterfränkischen Bürgermeistern, Stadtplanern und Architekten.

Mit den Jahrestagungen bietet die Regierung von Unterfranken den Städten und Gemeinden regelmäßig ein Forum, sich untereinander und mit der Regierung von Unterfranken als Koordinierungs- und Bewilligungsbehörde auszutauschen.

Neben aktuellen Themen und Entwicklungen aus dem Bereich der Städtebauförderung standen im vergangenen Jahr praktische Umsetzungsbeispiele aus Unterfranken auf dem Programm, welche die Bedeutung des Erhalts attraktiver und lebendiger Innenstädte und Ortskerne und die hierzu notwendige Mitwirkungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger hervorheben.



© Regierung von Unterfranken / Lichtschwärmer

Impressionen der Tagung



Impressionen Lichtkonzept Markplatz Mellrichstadt

© Fred Rautenberg

Informationsaustausch EFRE-Programm 2014 – 2020 am 02.12.2013 „Nachhaltige Stadt- Umland-Entwicklung“

Die Struktur fondsförderung der Europäischen Union richtet sich in der kommenden Förderperiode 2014-2020 an Kommunen, die gemeinsam auf ausgewählten Handlungsfeldern in interkommunaler Zusammenarbeit tätig werden wollen. Diese Entwicklungsräume müssen dabei eine Größenordnung von mindestens 20.000 Einwohnern umfassen, darunter mindestens eine Stadt. Wie von der Bayerischen Staatsregierung im August 2013 bekanntgegeben, konnten sich Kommunen bis Ende 2013 bei der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr für die Aufnahme in die neue EU- Förderperiode bewerben.

Um sich über das angekündigte zweistufige Auswahlverfahren nochmals informieren bzw. austauschen zu können, lud das Sachgebiet „Städtebau“ zu einer regionalen Veranstaltung am 2. Dezember 2013 in die Regierung von Unterfranken ein. Es konnten über 70 Teilnehmer begrüßt werden, darunter zahlreiche Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister, sowie weitere Vertreter aus kommunalen Verwaltungen oder Behörden, die interkommunale Allianzen beraten und unterstützen.

Nach einem einführenden Referat von Herrn Baudirektor Franz Langlechner von der Obersten Baubehörde, bot sich den Kommunen dann noch die Möglichkeit gezielte Fragen zu ihren beabsichtigten Bewerbungen zu stellen, wovon auch rege Gebrauch gemacht wurde.



Impressionen der Veranstaltung



© Regierung von Unterfranken

Zuschüsse des Landes für städtebauliche Planungen und Forschungen Gerbrunn, Randersacker, Rottendorf und Theilheim – Städtebauliches und landschaftliches Entwicklungskonzept in interkommunaler Zusammenarbeit

Anlässlich der Landesgartenschau (LGS) Würzburg im Jahr 2018 initiierten die Gemeinden Gerbrunn, Randersacker, Rottendorf und Theilheim dieses interkommunale Projekt, um einerseits die Möglichkeiten zu ermitteln, sich als Gemeinden auf der LGS präsentieren bzw. sich mit der LGS vernetzen zu können und von dem zu erwarteten Besucheraufkommen zu profitieren. Andererseits sollte das Projekt zur Erarbeitung eines langfristigen landschaftlichen und städtebaulichen Entwicklungskonzepts für den gemeinsamen Planungsraum, zur Planung interkommunaler Projekte sowie zur Begründung einer intensiven Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg, dienen.

Die Entwicklungskonzeption mit allen vorgeschlagenen Umsetzungsprojekten, die auch im Rahmen von Bürgerwerkstätten gemeinsam mit den vier Kommunen erarbeitet wurde, konnte in einer Broschüre komprimiert zusammengefasst und in einer interkommunalen Gemeinderatssitzung am 2.12.2013 vorgestellt werden. Im Rahmen einer Projektförderung über Landesmittel für städtebauliche Planungen und Forschungen wurde hierzu ein Zuschuss i. H. v. 45.200 Euro bewilligt.



© Grafiken aus der Rahmenplanung von mahl gebhard konzepte, München und Dr. Holl, Würzburg

Hilfsmaßnahmen für die Hochwasserkatastrophe vom 18. Mai bis 4. Juli 2013 Programm zur Wiederherstellung der Infrastruktur in den Gemeinden

Die Hilfsmaßnahmen für die Betroffenen der Hochwasserkatastrophe vom 18. Mai bis zum 4. Juli 2013 werden nach den Regelungen des Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetzes und der nach § 2 Abs. 4 Aufbauhilfeverordnung erlassenen Rechtsverordnung aus dem Aufbauhilfefonds finanziert. Hierzu wurde nach Abstimmung mit dem Bund auch ein Programm zur Wiederherstellung der Infrastruktur in den betroffenen Gemeinden in Bayern aufgelegt.

Gegenstand der Förderung sind Maßnahmen zur Beseitigung von Schäden der kommunalen Infrastruktur durch Hochwasser sowie durch wild abfließendes Wasser, Sturzflut, aufsteigendes Grundwasser, überlaufende Regenwasser- bzw. Mischkanalisation und die Folgen von Hangrutsch, soweit sie jeweils unmittelbar durch das Hochwasser verursacht wurden. Zuwendungsempfänger ist grundsätzlich jede Gemeinde, die ihre Förderanträge bis spätestens 30. Juni 2015 bei der Regierung (von Unterfranken), Sachgebiet 34, einreicht.

Bis Jahresende 2013 lagen der Regierung von Unterfranken Schadensmeldungen und Zuwendungsanträge mit einer voraussichtlichen Schadenshöhe von ca. 3,7 Mio. Euro vor, die auf ihre allgemeine Förderfähigkeit entsprechend der Regelungen zu prüfen sind.



© Stadt Röttingen



© Gemeinde Burglauer



Text und Layout: Sachgebiet 34

Regierung von Unterfranken, April 2014